

Enthinderung mit LINKS

Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag
in leicht verständlicher Sprache

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



Liebe Leserinnen, liebe Leser

Eine gute Politik für Menschen mit Behinderungen ist uns sehr wichtig.

Dafür setzen wir uns im Bundestag ein.

Wir möchten Barrieren und Hindernisse abbauen.

Deshalb nennen wir unsere Politik: Enthinderung mit LINKS.

Deutschland hat die UN-Behindertenrechts-Konvention unterschrieben.

Die UN-Behindertenrechts-Konvention ist ein Vertrag.

In dem Vertrag steht, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben.

Dabei ist es egal,

- ob sie arm oder reich sind,
- woher sie kommen oder
- ob sie eine Behinderung haben.

Wir setzen uns für die Menschenrechte aller ein.

Wir wollen echte Inklusion.

Dafür müssen wir alle noch viel tun.

Es gibt noch viele Barrieren in unserer Gesellschaft.

Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung
überall mitmachen können.

In allen Lebens-Bereichen wie Wohnen, Arbeit oder Freizeit.

Und in der Politik.

Dafür müssen sie Informationen bekommen,
die sie gut verstehen.

Das nennen wir barrierefreie Information.

Denn nur ohne Barrieren können Menschen mit Behinderung
wirklich mitentscheiden.

Deshalb fragen wir Menschen mit Behinderung,
was sie für ein gutes Leben brauchen.

So können wir bessere Politik für Menschen mit Behinderung machen.

Wir müssen zusammen mit allen Menschen arbeiten.

Wir müssen Menschen mit verschiedenen Behinderungen befragen,
wenn wir über Barrieren sprechen.

Zum Beispiel

- Frauen und Männer mit einer geistigen Behinderung oder
- Junge und alte Menschen mit körperlichen Behinderungen

Das bringt Vielfalt.

Diese Vielfalt ist gut für die Politik.

Jede Meinung ist uns wichtig.

Deshalb gehen wir mit allen Menschen respektvoll um.

Wir achten die Würde jedes Menschen.

Wir sind gegen Vorurteile gegenüber anderen Menschen.

Wir wollen, dass wirklich alle mitbestimmen können.

Dafür setzen wir uns ein.

Katrin Werner

Behinderten-politische Sprecherin

der Fraktion DIE LINKE



Wir wollen selbst-bestimmtes Leben für alle Menschen

Menschen mit Behinderung werden oft ausgegrenzt,
weil es noch zu viele Barrieren gibt.

Für Menschen mit Behinderung gibt es oft spezielle Einrichtungen.

Das grenzt Menschen mit Behinderung aus.

Zum Beispiel lernen nicht alle Menschen gemeinsam.

Sondern Menschen mit Behinderung lernen in Förder-Schulen.

Oder Menschen mit Behinderung arbeiten

in Werkstätten für Menschen mit Behinderung

statt in Betrieben.

Sie verreisen in „Behinderten-Gruppen“.

Oder sie leben in extra Heimen.

Wir wollen keine speziellen Angebote nur für Menschen mit Behinderung
oder nur für Menschen aus einem anderen Land.

Alle Menschen sollen gleichberechtigt

am Leben in unserer Gesellschaft teilnehmen können.

Deshalb möchten wir etwas ändern in den Bereichen:

- Bildung
- Arbeit
- Wohnen
- Freizeit und Reisen
- Sport.

Jeder Mensch hat das Recht auf echte Teilhabe.
So steht es auch in der UN-Behindertenrechts-Konvention.

Alle Menschen sollen die gleichen Chancen haben,
bei Bildung und Arbeit.

Das steht in unserem Grund-Gesetz.

Im Grund-Gesetz steht auch,
dass jeder Mensch das Recht hat,
sich frei zu entfalten.

Das bedeutet:

Jeder Mensch soll sich so entwickeln können,
wie er das möchte.

Dafür muss er aber die Möglichkeit bekommen.



Wir wollen echte Teilhabe in der Gesellschaft und in der Politik.

Es gibt bereits viele Unterstützungs-Angebote
für Menschen mit Behinderung.

Unterstützungs-Angebote sind zum Beispiel
Förder-Schulen oder Wohnheime.

Aber diese Unterstützungs-Angebote
grenzen Menschen mit Behinderung aus.



Deshalb wollen wir mehr Unterstützungs-Angebote,
die Menschen mit Behinderung
ein Leben mitten in der Gesellschaft ermöglichen.

Damit sie in einer normalen Schule lernen,
in einem normalen Betrieb arbeiten oder
mitten in der Stadt wohnen und leben können.
Sie sollen selber entscheiden,
was sie machen möchten
und wo sie etwas machen möchten.

Dafür muss jeder so viel Unterstützung bekommen,
wie er braucht.

Aber: Für echte Teilhabe muss die Gesellschaft
genügend Geld bereit stellen.
Und einen guten Plan haben.

Wir wollen Menschen mit Behinderung
bei unseren Entscheidungen
in der Politik mitreden lassen.
Wir möchten, dass sie von Anfang an
aktiv mit dabei sind.



Das wollen wir erreichen:

■ Kitas, Schulen und Hochschulen für Menschen mit und ohne Behinderung

■ mehr Lehrerinnen und Lehrer und Erzieherinnen und Erzieher mit und ohne Behinderung

■ mehr Unterstützung für Menschen mit Behinderung bei der Suche nach einer Berufs-Ausbildung oder einem Arbeits-Platz

■ mehr Arbeits-Plätze für Menschen mit Behinderung

■ Unterstützung für Betriebe, die Menschen mit Behinderung einstellen

■ mehr Unterstützung für Beschäftigte einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung (WfbM), wenn sie nach einem Arbeits-Platz in anderen Betrieben suchen

■ gerechte Löhne für Menschen mit Behinderung.

Auch in der WfbM.

■ mehr Rechte und Möglichkeiten zur Mitbestimmung für Werkstatt-Räte.

Der Werkstatt-Rat setzt sich für die Interessen von Beschäftigten in einer WfbM ein.

■ mehr Rechte für Schwerbehinderten-Vertreter in Betrieben



■ gute Politik gegen Diskriminierung.

Wir wollen Diskriminierung verbieten.

Niemand darf jemanden benachteiligen und beleidigen,
weil er anders ist.

■ alle sollen wählen können.

Niemand darf von seinem Wahlrecht ausgeschlossen werden,
zum Beispiel weil er eine Behinderung hat.

Wir wollen keine Barrieren



Jeder 10. Mensch in Deutschland hat eine Behinderung.

Viele Barrieren behindern Menschen im Alltag.

Die Barrieren sind zum Beispiel

■ Treppen in Häusern

■ schwere Zugänge zu Verkehrs-Mitteln

■ Technik, die nicht für gehörlose oder
blinde Menschen nutzbar ist

■ Informationen, die nur schwer zu verstehen sind.



Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung unabhängig sind.

Deshalb müssen wir Barrieren abschaffen.

Zum Beispiel in Ämtern und Behörden oder bei Recht und Gesetz.

Aber auch in den Köpfen der Menschen.

Das wollen wir erreichen:

- Alle Bereiche sollen barrierefrei sein.

Häuser, Verkehr und Informationen.

Das nutzt allen Menschen.

- Alle sollen das

Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz

und die UN-Behindertenrechts-Konvention einhalten.

- Informationen für gehörlose Menschen in Gebärden-Sprache

- Informationen für blinde Menschen in Braille-Schrift

- Leichte Sprache für Menschen mit Lernschwierigkeiten

- Es soll mehr Produkte und Dienstleistungen geben,

die alle Menschen nutzen und bedienen können.

- Ämter und Behörden sollen auf Barrierefreiheit achten.

Zum Beispiel beim Bauen oder bei Informationen.

Besonders dann, wenn sie selbst Aufträge erteilen.



Wir wollen Teilhabe sichern

Alle Menschen sollen die gleichen Möglichkeiten bekommen.

Oft werden Menschen mit Behinderung benachteiligt

wegen ihrer körperlichen, seelischen oder geistigen Behinderung.

Dafür muss es einen Ausgleich geben.

Menschen mit Behinderung müssen Geld bekommen,

damit sie überall mitmachen können.

Sie sollen nicht in Armut leben.

Oder ausgegrenzt werden,

weil sie kein Geld für Unterstützungs-Angebote haben.

Das Geld für die Unterstützung müssen sie bekommen.
Das ist ein Menschen-Recht.

Deshalb fordern wir ein Bundes-Teilhabe-Gesetz.
In dem Gesetz muss auch stehen,
dass jeder die Unterstützung und Pflege bekommt, die er braucht.
Man sagt dazu auch Assistenz-Leistungen und Pflege-Leistungen.

Menschen mit Behinderung müssen gut beraten werden,
welche Unterstützungs-Leistungen es gibt.
Die Beratung sollte von Menschen mit Behinderung selbst
gemacht werden.
Die Beratung soll kostenlos sein.



Die Bilder sind von Reinhild Kassing.
Der Text in leicht verständlicher Sprache ist von capito Berlin.



Dieses Zeichen ist ein Gütesiegel.
Texte mit diesem Gütesiegel sind leicht verständlich.
Leicht Lesen gibt es in drei Stufen.
B1: leicht verständlich
A2: noch leichter verständlich
A1: am leichtesten verständlich

Sie können uns gern besuchen.

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sie können uns auch anrufen oder uns eine E-Mail schreiben.

Telefon: 030 22 75 11 70
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
Internet: www.linksfraktion.de

Für den Text in diesem Heft sind
Heike Hänsel und Jan Korte verantwortlich.